

Basta!

Nr. 2 / April 2009

Basels starke Alternative

Sender in der Handtasche, Fingerabdruck in der Datenbank Biometriezwang

Multitionen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Am 17. Mai stimmen wir über die Einführung des Biometriezwangs bei Pässen und Identitätskarten ab. Auf dem Spiel steht nichts Geringeres als die Menschenwürde. Die Menschenwürde bedeutet unter anderem, dass der Mensch nicht als Ware oder Nummer behandelt wird.



Mit der Aussage, die Reisefreiheit sei nur noch nach erkennungsdienstlicher Behandlung und Registrierung möglich, wird die persönliche Freiheit angetastet.

Die Privatsphäre wird beeinträchtigt, denn Gesichtsbild und Fingerabdrücke sollen sowohl auf allen Ausweisdokumenten als auch in einer zentralen Datenbank gespeichert werden. Zudem wird die informationelle Selbstbestimmung unterwandert, also das Recht des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung personenbezogener Daten zu bestimmen. Ganz zu schweigen von den unanständigen Mehrkosten, die entstehen, weil jede und jeder schon nur für eine Identitätskarte in das zentrale Erfassungszentrum reisen und den teuren Ausweis erstehen muss. Doch worum geht es im Detail?

Bis anhin wurden lediglich Personen mit Verdacht auf einen Straftatbestand erkennungsdienstlich „behandelt“. Das berühmte Verbrecherfoto ist historisch und

die Abnahme von Fingerabdrücken bekannt aus jedem billigen Krimi. In Zukunft sollen alle Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz, die einen Reisepass beantragen oder auch nur eine Identitätskarte, einem solchen Prozedere unterzogen werden. Erfasst werden neben den bis anhin üblichen Passdaten zwei Fingerabdrücke und das Gesichtsbild. Doch damit nicht genug: die Daten werden nicht nur im Ausweis, sondern zusätzlich in einer zentralen Datenbank für unbestimmte Zeit gespeichert. Zugriff auf die Daten haben bestimmte Behörden (u.a. Grenzschutz, Polizei) aber auch private Transportunternehmen (Fluggesellschaften etc.). Der neue Pass wird eine RFID-Technologie (Radio Frequency Identification, Erkennung mit Hilfe elektromagnetischer Wellen zur automatischen Identifizierung und Lokalisierung von Gegenständen) enthalten. Bekannt ist die Technologie aus der Bibliothek oder aus der Logistik-Branche. Entwickelt wurde sie, um grosse Datenmengen reibungslos zu verarbeiten. Sicherheitsaspekte (das falsche Buch ausgeben, die Tomaten falsch ausliefern) stehen im Hintergrund. Bezogen auf die Ausweise heisst-

RFID-Technologie nichts anderes, als dass jeder Pass mit einem Chip und einer kleinen Antenne ausgestattet wird und die Daten unverschlüsselt oder verschlüsselt gesendet werden.

„Solange ich mir nichts zu Schulden kommen lasse, ist das alles doch auch nicht schädlich oder gar gefährlich“, dies das oft gehörte Argument. Doch genau diese Argumentation ist naiv und trügerisch. Sowohl der eidgenössische wie die kantonalen Datenschützer sprechen sich gegen die zentrale Speicherung in einer Datenbank und die RFID-Technologie aus. Überall, wo solche Datenbanken mit persönlichen Daten vorhanden sind, lässt sich damit Missbrauch treiben. Dies können auch die Behörden selbst sein. Wissen wir, welche kontrollierten oder nicht kontrollierten, öffentlich bekannten oder nicht bekannten Stellen auf die Daten zugreifen können? Die Basler Staatsschutztruppe FG 9 oder die plötzlich aufgetauchte eidgenössische Sondereinheit Tigris sind Beispiele schwer zu kontrollierender Spezialeinheiten der Polizei. Dass sich Hacker an den Datenbergen gütlich tun, ist eine weitere Gefahr. Aber auch Pri-

Fortsetzung Seite 3

Kategorisch gegen jede Erfassung biometrischer Daten

Die Menschenrechtsgruppe augenaufr kritisiert seit Jahren den Ausbau des Überwachungs- und Repressionsstaates. Sie lehnt jede Erfassung biometrischer Daten grundsätzlich ab. Wir stellten einer Vertreterin von augenaufr Basel drei Fragen. Mit diesem Interview beabsichtigt die Redaktion, eine lose Serie zu starten, in der wir in Basel aktive Gruppierungen und Bewegungen vorstellen.

augenaufr lehnt die Einführung des Zwangs zu biometrischen Pässen entschieden ab. Warum?

Die biometrische Erfassung und Speicherung menschlicher Daten auf fernlesbaren Datenbanken hat Konsequenzen, die über die Vor- und Nachteile eines biometrischen Schweizer Passes weit hinausgehen. Sie bietet staatlichen und privaten Organisationen die Möglichkeit zur totalen Überwachung aller Menschen. Zusammen mit mobilen Lesegeräten sowie im öffentlichen und privaten Raum installierten Überwachungskameras soll es in Zukunft möglich sein, die Identität eines Menschen zweifelsfrei zu erkennen und später zu rekonstruieren – sei es an politischen Anlässen, bei Reisen in „problematische“ Länder, bei Demonstrationen oder beim Kontakt mit überwachten Personen.

So werden z.B. schon heute unsere Einkäufe mittels Kundenkarten erfasst. Es können Persönlichkeitsprofile erstellt werden. Zur Profitmaximierung von grossen Einkaufszentren wird überlegt und in einzelnen Verkaufsstellen schon getestet, ob nicht KassiererInnen eingespart werden können, indem die KundInnen ihren Ein-

kauf selber scannen und am liebsten dann mit Kreditkarten bezahlen.

Die Gegnerschaft einer Einführung des Biometriezwangs argumentiert unterschiedlich. Einige lehnen vor allem die zentrale Registrierung der Daten ab, andere fordern die freie Wahl, wenigstens bei der ID. Wie müsste eine Vorlage zur Einführung biometrischer Pässe aussehen, damit ihr Ja sagen könntet? Oder lehnt ihr biometrische Pässe ganz grundsätzlich ab?

Unsere Erfahrung in der Schweiz zeigt: es sind immer zuerst die so genannten Randgruppen, an denen neue Repressionsmethoden getestet werden: Asylbewerber zum Beispiel oder Hooligans, oft mit der Zustimmung breiter Bevölkerungskreise. Doch genau sie sind das Ziel der totalen staatlichen Kontrolle. Darum ist es wichtig, sich gegen diese Tendenzen zu wehren, auch wenn es einen selber heute vielleicht noch nicht trifft. Die Menschenrechtsgruppe augenaufr weist schon seit mehreren Jahren auf die Risiken der biometrischen Technologie hin. Wir sind kategorisch gegen jegliche Erfassung biometrischer Daten: Uns geht es um die Freiheit und Würde aller Menschen – unabhängig von der Hautfarbe, dem Pass oder dem Bankkonto.

augenaufr kritisiert seit Jahren den Ausbau des Überwachungs- und Repressionsstaates. Die neuen Technologien spielen dabei eine wichtige Rolle, etwa die digitale Gesichtskontrolle bei Fussballfans. Kannst du uns kurz schildern, welche Methoden heute bereits getestet werden und mit welchen Folgen?

Unsere Kenntnisse über die rein technischen „Fortschritte“ sind gering. Ich möchte aber trotzdem einige Beispiele zum Thema nennen:

Menschen, die in Europa Asyl suchen, werden heute schon im Schengenraum in der ISIS Datenbank erfasst. Die EU hat nun grössere technische Probleme, weil die Datenbank völlig überlastet ist. Sie werden aber dieses Problem sicher lösen.

All die neuen Gesetze, Einsatzmittel

und Einsatzformen, die auf die Euro 08 hin geschaffen worden sind, bleiben uns über diesen Anlass hinaus erhalten. Mit einem millionenschweren Sicherheitskonzept konnten sich Polizei und Armee ihre Wünsche nachhaltig erfüllen. Ein schönes Beispiel dafür bot die Stadt Zürich: Hier begann die Polizei – während der Euro hoch dotiert und völlig unterbeschäftigt – vermehrt Kontrollen an der Langstrasse durchzuführen. Nach der Euro hiess es dann, die erhöhte Präsenz im Langstrassenquartier werde beibehalten, um den Kampf gegen den Drogenhandel zu verstärken. Im Übrigen besteht immer die Tendenz, dass repressive Mittel, die einmal für eine bestimmte «Zielgruppe» entwickelt worden sind, später auch auf andere angewendet werden.

Die Stadt Zürich will jetzt BesucherInnen von Sportveranstaltungen unter Generalverdacht stellen. In der geplanten Datenbank «Gamma» sollen künftig Personen registriert werden, die sich weder etwas zu Schulden

kommen liessen, noch als «gewaltbereit» bekannt sind. Künftig braucht es weder einen Richter noch eine Tat, um polizeilich fichiert zu werden. De facto wird damit die Unschuldsumutung abgeschafft und Fichierung auf Vorrat betrieben – ein krasser Angriff auf bürgerliche Grundrechte und den Rechtsstaat.

Die kantonalen Ärztesellschaften wollen gegen Patienten vorgehen, die Prämien und Arztrechnungen nicht zahlen – mit einem nationalen Online-Fichensystem. Im Zentrum steht eine so genannte «Ampellösung»: Der Arzt gibt den Namen des Patienten in ein Online-Abfragesystem ein. Leuchtet die Farbe rot auf, ist er als Zechpreller gemeldet. Die nationale «Watchlist» soll Auskunft geben über die generelle Bonität eines Patienten. Sie wird nicht nur mit der Information gefüttert, ob die Krankenkassenprämien bezahlt werden. Erfasst werden auch Daten zur allgemeinen Zahlungsbereitschaft, etwa bei der Begleichung von Telefon- oder Steuerrechnungen.

Die Fragen stellten Irene Amstutz und Martin Flückiger

Unsere Erfahrung zeigt: es sind immer zuerst die so genannten Randgruppen, an denen neue Repressionsmethoden getestet werden.

augenaufr



augenaufr begreift als ihre Hauptaufgabe, aktuelle Menschenrechtsverletzungen aufzudecken, zu dokumentieren, zu veröffentlichen und sich für diejenigen einzusetzen, deren Rechte verletzt worden sind. Wir beschäftigen uns mit Justizwillkür, Diskriminierung von Flüchtlingen, Ausländerfeindlichkeit und der rassistischen Willkür der offiziellen Asyl- und Flüchtlingspolitik und der Polizei. Wir beschäftigen uns auch mit so genannten „Demonstrationsdelikten“ (lebensgefährliche Tränengaseinsätze, Misshandlungen, Tasereinsatz, Einkesselungen usw.). Andererseits sind wir auch gewillt, Verletzungen von Grundrechten aufzuspüren, die nicht unmittelbar zutage treten und die im System, beziehungsweise in den gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen angelegt sind.

Nach den Wahlen vom vergangenen Herbst müssen wir uns gleich von drei FraktionskollegInnen verabschieden. Zwei von ihnen, Annemarie Pfister und Rolf Häring, verlassen die Fraktion freiwillig, Karin Haerberli wurde leider ganz knapp nicht mehr gewählt, was den Abschied noch schwerer macht.

Durch die Abwahl von Karin Haerberli müssen wir nun auf eine verlässliche Kollegin verzichten, die wichtige Themen wie Gleichstellung, Gewaltprävention, aber auch Erwachsenenbildung und Rechte für Sans Papiers abdeckte.

Karin, die Ende 2003 in den Grossen Rat nachgerückt war, war Mitglied der Regio-kommission und des Oberrheinrates. Besonders erwähnenswert ist ihr Anzug zur Verbesserung der Situation der Sans Papiers, der eine breite Unterstützung bis in bürgerliche Kreise erfuhr. Nach einer ersten, eher unbefriedigenden Antwort der Regierung auf diesen Anzug, setzte sich Karin erfolgreich dafür ein, dass der Vortoss stehen gelassen wurde, so dass wir uns voraussichtlich im Herbst dieses Jahres noch einmal mit diesem Thema beschäftigen können.



Annemarie Pfister trat aus beruflichen Gründen nicht mehr zur Wiederwahl an. Die Arbeit als Buchhändlerin und Geschäftsführerin war mit der aufwändigen Parlaments- und Kommissionsarbeit nicht mehr vereinbar und Annemarie wollte nicht zur Hälfte abwesend sein, sondern ihre Fraktion voll unterstützen.

Annemarie rückte Anfang 2005 in den Grossen Rat nach und war Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission. Ihre favorisierten Themen waren Kultur, Frauen und Städteplanung, doch war ihre Meinung auch in vielen anderen Bereichen gefragt, denn sie schaffte es immer wieder, Themen aus einem völlig anderen Blickwinkel anzugehen und brachte damit eine Bereicherung in viele Diskussionen ein.

Die Würdigung der Arbeit von Rolf Häring ist ein schwieriges Unterfangen! Um ihm und seinem jahrzentelangen politischen Engagement gerecht zu werden,

reicht der Platz in diesem Bulletin nicht einmal ansatzweise. Von 1973 bis 1984, dann 1991 bis 1992 und seit 1999 war er im Grossen Rat und zählt damit zu den erfahrensten Parlamentariern in unseren Reihen. Obwohl sein Hauptthema die Schul- und Bildungspolitik ist, kann er bei weitem nicht als „Ein-Themen-Politiker“ bezeichnet werden. Seine Interessen und sein Engagement waren breit gefächert und reichten von der Pensionskasse über Verkehrs- und Quartiersanliegen bis zur Kulturpolitik. Seine politischen Vorstösse betrafen aber auch die Entwicklungshilfe oder den Erhalt von Familiengärten. Rolf war (und ist) auch überzeugter Gewerkschafter, deshalb setzte er sich auch immer wieder für bessere Arbeits- und Lohnbedingungen insbesondere bei den subventionierten und ausgelagerten Betrieben ein.



Seine klare Linie und seine Kompromisslosigkeit machten ihn zu einem gefürchteten politischen Gegner. Ebenso kompromisslos war er in der Solidarität mit Kolleginnen und Kollegen aus den eigenen Reihen und war damit ein Weggefährte, auf den man sich bedenkenlos verlassen und dem man vertrauen konnte. Gerade diese Eigenschaft macht seinen Rücktritt besonders schmerzlich!

Allen drei ehemaligen FraktionskollegInnen sei an dieser Stelle nochmals herzlich für ihre Arbeit und ihren Einsatz gedankt.

Heidi Mück



Biometriezwang (Fortsetzung)

vate haben per Gesetz Zugriff auf die Daten. Wie diese Stellen die Daten allenfalls weiter verwenden, ist schwer zu kontrollieren. Mit den Daten können Profile erstellt werden, sie können auch mit anderen Datenbanken verknüpft werden. Die Möglichkeiten sind beinahe unbegrenzt. Deshalb braucht es einerseits eine sehr restriktive Gesetzgebung und eine möglichst starke Einschränkung in der Datenhaltung (Da-

tenvermeidung als einem eminenten Pfeiler des Datenschutzes). Es würde absolut genügen, die Daten lediglich auf dem Pass zu speichern und auch dies nur in Auswahl (sogenannten Templates). Es ist weder erforderlich, sie zentral zu speichern, noch die Identitätskarten damit auszurüsten. Beides wird auch nicht durch EU-Recht oder das Schengen-Dublin Abkommen vorgegeben. Deshalb ist es notwendig, Nein zu sagen zur Einführung des Biometriezwangs.

Irene Amstutz

Besuchen Sie unsere Website:

www.basta-bs.ch

Wir bezahlen ihre Krise nicht!

Ausmass, Folgen und Ausgang der wohl grössten und weltumspannendsten Krise seit Jahrzehnten sind noch nicht wirklich absehbar. Was scheinbar als Hypotheken-Krise in den USA begann, hat sich unterdessen als generelle Krise des globalen Wirtschaftens der Real-Wirtschaft und der damit wohl als „irreal“ verstandenen Finanzwirtschaft geoutet! Die neoliberalen Architekten und die wenigen Architektinnen und ihre HelferInnen und HelfershelferInnen auf allen Etagen der Weltwirtschaft haben offensichtlich auf Sand gebaut – mit absolut verheerenden Folgen für Milliarden von Menschen und für die Umwelt im weitesten Sinne!

Krise des neoliberalen Aneignungssystems

Letztlich steht hinter dieser Krisendynamik ein Einbruch der aggressiven Politik der Aneignung bzw. Enteignung von oben. Sie hatte für eine kleine Schicht von Kapitaleignern in den vergangenen Jahrzehnten phantastische Kapitalrenditen von 20 Prozent und mehr ermöglicht, bei gleichzeitig immer grösser werdendem Elend und Armut der grossen Mehrheit der Weltbevölkerung. Diese mit Hilfe der weltweit herrschenden, wissenschaftlich verbrämten neoliberalen Heilslehre etablierte und legitimierte Umverteilungspolitik von unten nach oben, nahm verschiedene Formen an:

- Enteignung durch Senkung der Lohn-einkommen und systematischer Schwächung der Gewerkschaften
- Enteignung durch Abbau der Sozialversicherung
- Enteignung durch Transformation des Service publique in privatisierte Oligopole.
- Umverteilung dank Senkung oder Abschaffung der Steuern für die Reichen
- Ungehemmte Ausbeutung von Reichtümern armer Länder dank globaler Durchsetzung der neoliberalen „Freiheiten“.

Die Reichtumsverschiebung durch Enteignung ist aber nicht produktiv und stösst daher zwangsläufig an Grenzen. Wenn die Reichen immer mehr Kapital besitzen, mit denen sie immer weiter Maximalrenditen erreichen wollen, wenn dazu immer riskantere Finanzvehikel erfunden werden müssen, wenn die Privatisierung der Altersvorsorge dazu führt, dass auch „unser Geld fürs Alter“ zwangsweise spekulativ angelegt werden muss und wenn umgekehrt die Konsumkraft der breiten Masse stagniert

und nur noch durch Pump erhalten bleibt und Nachhaltigkeit in so einer Wirtschaftslogik schon gar keinen Platz haben kann, dann musste das System eines Tages in sich zusammenbrechen.

Es braucht eine langfristige Antwort auf die Krise

Die Unia hat auf der Basis dieser Analyse rasch ein Kriseninterventionsprogramm formuliert, das die unmittelbaren Folgen der Krise dämpfen und vor allem verhindern soll, dass nun den kleinen Leuten die Kosten für das Platzen der Spekulationsblase aufgebürdet wird. Zu diesen Sofortmassnahmen gehören¹:

- Die Sicherung von Arbeitsplätzen durch massive Investitionen in soziale und bauliche Infrastrukturen sowie in innovative Technologien.
- Die Stärkung der Kaufkraft durch eine offensive Lohnpolitik, eine Erhöhung der Arbeitslosentaggelder, der Familienzulagen und der Staatsbeiträge an die Krankenkassenprämien.
- Ein Stopp dem Sozialabbau bei den Renten, der AHV, ALV, der Unfallversicherung und der Sozialhilfe.
- Eine soziale Steuerpolitik, welche mit den Steuergeschenken an die Reichen und Grossverdiener und den Steueroasen in der Schweiz Schluss macht und eine eidgenössische Erbschaftssteuer zur Mitfinanzierung der Sozialen Sicherheit einführt. Diese kurzfristigen Massnahmen sind wichtig, um in der Krise eine gesellschaftliche Entsolidarisierung zu verhindern, und um sie herum will die Unia den Widerstand gegen den bisher hegemonialen und nun angeschlagenen neoliberalen Block aufbauen.

Mindestens ebenso wichtig ist aber die langfristige Perspektive. Dazu gehören insbesondere die Stärkung der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte am Arbeitsplatz, die Rücknahme von Privatisierungen im Service publique und der Aufbau neuer öffentlicher Dienstleistungen, eine harte öffentliche Kontrolle der Finanzwirtschaft und ein rascher und konsequenter ökologischer Umbau.

Dieser gesellschaftliche Umbau kann nur gelingen, wenn wir verhindern, dass die Architekten des neoliberalen Desasters ihr Scheitern verwedeln und am Ausgang der Krise einen neuen, noch zerstörerischen Ausbeutungszyklus in Gang bringen. Das Prinzip des uneingeschränkten Maximalprofits muss aus allen gesellschaftlichen Schlüsselbereichen verdrängt werden, wenn auch die natürlichen Lebensgrundlagen auch für unsere Kinder und Kindeskindestern sichergestellt werden soll. Der Neoliberalismus hat alles dafür getan, dass die Kapitaleigner unsere Ressourcen möglichst billig plündern können, während die Kosten – in Form von Umweltzerstörung und sinkender Lebensqualität – der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Dem muss dringend ein Ende gesetzt werden, denn das globale Ökosystem steht auf der Kippe. Nur eine ökologisch ausgerichtete Regulierung der Weltwirtschaft, welche eine nachhaltige Nutzung unserer Ressourcen sicherstellt, kann das langfristige Überleben der Menschheit sichern.

Hansueli Scheidegger
Mitglied der Geschäftsleitung Unia,
Co-Leiter Sektor Bau

¹ Vgl. Das 6-Punkte-Programm der Unia gegen die Krise auf www.unia.ch



Was wächst, wenn die Wirtschaft wächst?

Schwerpunkt Krise

Weltweit gilt seit Jahrzehnten die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als *der Indikator* für Wirtschaftswachstum. Die Berechnung dieses Indikators hat eine spezielle, längst vergessene Geschichte.

Anlässlich des 2. Weltkrieges stellte die britische Regierung dem Ökonomen John Maynard Keynes folgende Frage: Wie viel kann das Vereinigte Königreich in die Rüstungsindustrie stecken, ohne dass die Wirtschaft stagniert und der Lebensstandard der Bevölkerung auf ein nicht tragbares Niveau sinkt? Keynes hat, zusammen mit andern, die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung entwickelt, eine geniale Erfindung – jedenfalls im Hinblick auf diese Fragestellung. Sie war stark von Marx' Überlegungen zu den Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus inspiriert und ebenso von der damaligen Industrialisierungswelle. Nach dem 2. Weltkrieg wurde dieses Berechnungssystem durch die UNO als Standard übernommen, gegen den Protest von Keynes, der die Ansicht vertrat, die Berechnungen seien wohl für Friedenszeiten nicht sehr geeignet.



Aus der Sicht der Privatwirtschaft liefern jedoch auch zu Friedenszeiten Keynes' Berechnungsverfahren hervorragende Informationen für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes. Deshalb haben sie sich wohl auch durchgesetzt. Es lassen sich einfach die reinvestierbaren Überschüsse und Gewinne der Privatwirtschaft berechnen, die „Kreditwürdigkeit“ einer Volkswirtschaft und auch die ausbezahlten Lohnsummen. Deshalb sind diese Berechnungen auch relevant für Gewerkschaften. Das BIP ist



seither zur zentralen Masseinheit und Hauptreferenz für andere Indikatoren der Wirtschafts- und Sozialpolitik von Regierungen geworden.

Für andere wirtschaftliche Fragestellungen bräuchte es andere Berechnungsverfahren und Masseinheiten: Beispielsweise werden vom Staat bezahlte Bildungseinrichtungen zwar als Teil des BIP berechnet, aber nicht als Investition in die Zukunft der nächsten Generationen, sondern als Konsum, welcher die „Überschüsse“ der Wirtschaft schmälert. Das BIP sagt zudem gar nichts aus über die unbezahlte Arbeit, die zentral ist für unser Wohlbefinden und die Zeit- und Einkommensökonomie der Frauen. Ebenso unbedeutend sind die Informationen hinsichtlich des Energieverbrauchs oder der ökologischen Nachhaltigkeit der Produktion.



Zum BIP gibt es seit Jahrzehnten kritische Debatten. Sie gehen in zwei Richtungen: Für die USA wurde beispielsweise ein anderer Fortschrittsindikator berechnet: Mit dem BIP wurde die Zerstörung der Umwelt und der Zerfall der Infrastruktur verrechnet, die Freizeit und die Zeit, die Menschen für unbezahlte Arbeit aufwenden, und die ungleiche Verteilung des Einkommens. Die Resultate zeigen, dass der neu berechnete, sogenannte „genuine Fortschrittsindikator“ im Unterschied zum BIP ab den 1970er Jahren abzunehmen begonnen hat.

Andere KritikerInnen fordern, dass bei jeder öffentlichen Erwähnung des BIP zusätzlich verschiedene soziale und ökologische Indikatoren genannt werden müssen, weil ein einziger Indikator nie genügend aussagt, was wichtig ist für die Messung des „Fortschritts“ einer Gesellschaft. Diese Idee findet in den jährlichen Berichten der UNDP (UN Development Programme) zur „menschlichen Entwicklung“ eine Umsetzung. Die Berichte führten zu einer interessanten politischen Kontroverse, welche Indikatoren adäquat, fair und politisch „richtig“ sind.



Das Dilemma der heutigen Wirtschaftsstimuli-Debatte liegt darin, dass wir nicht davon abstrahieren können, dass wir in einer kapitalistischen Wirtschaft leben. Ihre ökonomische Logik entspricht einer keynesianischen Kriegswirtschaft insofern, als sie laufend Überschüsse produzieren muss, die wiederum zu höheren Überschüssen führen müssen. Kein Banker und kein Unternehmer investiert ohne Profitperspektiven. Wenn diese fehlen, stagniert die Wirtschaft, wenn nicht der Staat oder Non-Profit-Unternehmen investieren. Selbst, wenn letzteres der Fall wäre, ist die Frage nicht vom Tisch, was denn überhaupt wachsen soll und was auf keinen Fall.

Mascha Madörin

Fotos: Richard Spillmann



Finanzkrise, rote Zahlen, Konkurse, Arbeitsplatzverluste...

Unsicherheit breitet sich in der Bevölkerung aus. Was werden wir uns morgen noch leisten können und wo stehen wir in ein paar Jahren? Mit was identifizieren wir uns, wenn wir reduzieren, abgeben und verzichten müssen?



Fragen, die auch Jugendliche stark beschäftigen. Oft wird in solchen Zeiten an den falschen Stellen gespart. Zum Beispiel an Kultur und Freizeiteinrichtungen, Musikstunden und teuren Hobbys. Gerade in schwierigen Zeiten aber ist es – vor allem auch bei jungen Leuten – besonders wichtig, dass sie ihre Selbstwirksamkeit erleben dürfen und begreifen können, dass sie nicht der Welt einfach ausgeliefert sind, sondern diese mitgestalten und beeinflussen können. Jugendliche, die sich künstlerisch

oder kulturell betätigen, erleben oft Erfolgserlebnisse, diese wiederum vermitteln ihnen Selbstbewusstsein, Selbstbestätigung, Mut, Zuversicht und Zielgerichtetheit. Diese Eigenschaften sind in Krisensituationen ganz besonders wichtig.

Wer in einer Band spielen oder an einem selbstentwickelten Projekt teilnehmen kann, ist auch in Kontakt mit anderen Menschen und übt sich so in Sozialkompetenz. Es gibt kaum grössere zwischenmenschliche Aufgaben zu meistern, als gemeinsam etwas zu erschaffen, zu planen, sich abzusprechen und Kompromisse einzugehen. Kompetenzen, die in unzähligen Lebenssituationen angewendet werden können und den Jugendlichen das Gefühl geben, ernst genommen zu werden.

Dem jungen grünen Bündnis ist es ein besonderes Anliegen, dass junge Leute die Möglichkeit haben, eben solche Erfahrungen

zu machen und die genannten Kompetenzen zu erwerben. Wir fordern deshalb, dass der Staat, auch gerade in einer Krise wie der jetzigen, die Rahmenbedingungen wie Raum und finanzielle Mittel zur Verfügung stellt.

Mit unserer Initiative für ein „Jugendkulturprozent“ wollen wir einen Schritt in diese Richtung gehen. Die Verfassungs-Initiative wurde im letzten September lanciert und fordert den Kanton auf, die Jugend mit Räumen und finanziellen Mitteln zu fördern. Genauere Erklärungen sowie natürlich der Unterschriftbogen sind auf www.jungesgruenesbuenndnis.ch zu finden.

Besuchen Sie unsere Seite und laden sie den Bogen runter, denn wir brauchen Ihre Unterstützung beim Unterschriften sammeln.

Franca Mader und Lena Signer

ANIMAL BLUES



Initiative für den öffentlichen Verkehr

Der VCS Schweiz hat Ende März gemeinsam mit der Grünen Partei der Schweiz und anderen Parteien und Organisationen die Initiative für den öffentlichen Verkehr lanciert. In der Verfassung soll nicht nur die Finanzierung der Infrastruktur für den Verkehr auf der Strasse garantiert werden – so wie es heute der Fall ist –, sondern neu auch für den öffentlichen Verkehr. Heute

fließen 75 Prozent der Mineralölsteuer in den Strassenbau respektive -unterhalt. Die Initiative fordert eine Verfassungsänderung in dem Sinne, dass die zweckgebundenen Gelder je zur Hälfte der Strasse und der Schiene zugute kommen. Dies würde einen finanziellen Zuschuss für die Schiene von 800 Millionen Franken pro Jahr bedeuten. Nach einer Annahme der Initiative

wäre es also möglich, die heute nicht vorhandenen Mittel für die notwendigen Infrastrukturausbauten des öffentlichen Verkehrs bereitzustellen.

Die Volksinitiative ist nötig, um die Verkehrspolitik umwelt- und klimafreundlich zu gestalten. Unterschreibe daher jetzt den beigelegten Initiativbogen. Auf der folgenden Internetadresse können weiter Bögen ausgedruckt werden:

http://www.gruene.ch/web/gruene/de/waehlen_stimmen/initiativen.html

Beschwerde gegen unfaire Kommissionswahlen

Fraktion

Die Fraktion Grünes Bündnis hat die unfairen Wahlen in die Kommissionen des Grossen Rats beim Bundesgericht angefochten. SVP-Grossratspräsident Hafner stellt in der Baz lapidar fest: Gut ist, wenn das Bundesgericht zum Schluss kommt, dass die Kommissionswahlen keine juristische, sondern eine politische Angelegenheit sind. Warum sieht die Fraktion dies anders?



Die Fraktion Grünes Bündnis wurde bekanntlich bei den letzten Kommissionswahlen krass benachteiligt. Obwohl die SVP genau die gleiche Fraktionsstärke aufweist wie das Grüne Bündnis, verfügt sie künftig über fast doppelt so viele Kommissionssitze. Das ist eine offensichtliche Verletzung der Geschäftsordnung. Diese hält nämlich in §14 fest: Bei der Bestellung der ständigen und der besonderen Kommissionen sind die Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke zu berücksichtigen.

Der Grosse Rat hat die Spielregeln für Kommissionswahlen bewusst so festgelegt. Jedes Ratsmitglied kannte die Regeln, denn auf unsere Intervention hin musste der Grossratspräsident zweimal ausdrücklich darauf hinweisen. Doch die bürgerlichen Parteien zusammen mit EVP und Grünliberalen liessen die Muskeln spielen und scherten sich einen Deut um die in der Geschäftsordnung verankerten Vorgaben.

Der kurzfristige Wechsel von Markus Benz in unsere Fraktion ist in diesem Zusammenhang nicht von zentraler Bedeutung. Er hat in erster Linie mit der Entwicklung bei der DSP und dem geplanten

Verhalten der bürgerlichen und der Mitteparteien bei den Kommissionswahlen zu tun. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass Fraktionswechsel bei der nächsten Kommissionswahl zu berücksichtigen sind. Doch auch ohne den Wechsel von Markus Benz wäre das Grüne Bündnis in den Kommissionen massiv untervertreten.

Aus Sicht der Fraktion ist das Vorgehen der Mitte-Rechts-Allianz nicht rechtmässig. Unsere Beschwerde ans Bundesgericht basiert auf einer Einschätzung von Herrn Uhlmann, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich. Er hat sich als Spezialist für Rechtsprechung im Zusammenhang mit dem Willkürverbot einen Namen gemacht.

Damit die Beschwerde eine Chance hat, müssen wir nachweisen, dass unsere Fraktion willkürlich benachteiligt worden ist. Unsere Anwälte Andreas Miescher und David Studer haben dies in ihrer fundierten Eingabe ans Bundesgericht getan. Die Anwälte schreiben: Nach ständiger Praxis des Bundesgerichts liegt Willkür in der Rechtsanwendung dann vor, wenn der angefochtene Entscheid offensichtlich unhaltbar ist, mit der tatsächlichen Situation in klarem Widerspruch steht, eine Norm oder einen umstrittenen Rechtsgrundsatz krass verletzt oder in stossender Weise dem Gerechtigkeitgedanken zuwiderläuft.

Das Bundesgericht hat sich bis anhin noch nie zu einem solchen Rechtsstreit äussern müssen. Es gibt also keinen Präzedenzfall. Trotzdem sind wir zuversichtlich, dass wir mit unserer Beschwerde durchkommen werden.

Urs Müller

Dank an Regula Menzi

Während 12 Jahren sass Regula Menzi als BastA!-Vertreterin im Bankrat. Ihr kritischer Verstand und ihre Sachkenntnis werden dem Gremium künftig fehlen. Regula Menzi wurde ein Opfer des bürgerlichen Machtspiels. Eine Mehrheit des grossen Rats zog es vor, anstelle der kompetenten Fachfrau einen Mann in das ohnehin schon sehr männerlastige Gremium zu wählen. Ein deutlicher Hinweis darauf, wie schlecht es nach wie vor um die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern bestellt ist.

BastA! ist künftig im Bankrat nicht mehr vertreten. Uns bleibt, Regula Menzi ganz herzlich für ihr Engagement zu danken. Wir wünschen ihr für die Zukunft alles Gute.

Ja zur Komplementärmedizin



Nachdem 1995 das Krankenversicherungsgesetz in Kraft trat, wurden 1997 unter dem damaligen Vorsteher des Bundesamtes für Sozialversicherungen, Otto Piller, und der zuständigen Bundesrätin Ruth Dreifuss die fünf komplementärmedizinischen Richtungen Akupunktur, Phytotherapie, Homöopathie, anthroposophische Medizin und die Neuraltherapie in den Katalog der Grundversicherung aufgenommen und eine Überprüfung nach fünf Jahren festgesetzt. Die

se komplementärmedizinischen Bereiche wurden mit umstrittenen Kostenargumenten nach längerer Debatte 2004 unter Bundesrat Couchepin wieder aus dem Pflichtleistungskatalog entfernt. Die VertreterInnen der Komplementärmedizin sammelten innerhalb eines Jahres 140'000 Unterschriften für die Initiative "Ja zur Komplementärmedizin", die eine umfassende Berücksichtigung der Komplementärmedizin fordert. Da die eidgenössischen Räte einen Gegenvorschlag für einen Verfassungsartikel, der dem Initiativtext bis auf das Wort "umfassend" entspricht, verabschiedeten, zog das Komitee die Initiative zurück. Wir stimmen also nun über einen Verfassungs-

artikel ab, der vorsieht, dass Bund und Kantone die Komplementärmedizin berücksichtigen.

BastA! empfiehlt, JA zu stimmen: Die Komplementärmedizin ist in der Bevölkerung beliebt und die Nachfrage gross. Ein Verfassungsartikel bringt eine Berufsankennung und damit die Voraussetzung einer Qualitätssicherung aller (also auch der nichtärztlichen) TherapeutInnen und ermöglicht, vermehrt Forschung auf diesem Gebiet zu betreiben. Die Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit ist gegeben. Für Sceptiker gilt: Man **muss** sich nicht komplementärmedizinisch behandeln lassen.

Daniel Gelzer

Kurdische Politikerinnen und Politiker verhaftet

Internationale Solidarität

Kurdische Politikerinnen und Politiker leben in der Türkei gefährlich. In den letzten Wochen wurden über hundert Kaderleute der demokratischen kurdischen Partei DTP verhaftet. Es handelt sich hierbei offensichtlich um eine Reaktion auf das gute Abschneiden der DTP bei den Kommunalwahlen Ende März. Mit den Verhaftungen hat sich der türkische Staat einmal mehr die Chance auf eine friedliche Lösung des Kurdenproblems verbaut. BastA! hat an der Jahresversammlung vom 22. April unten stehende Protestresolution einstimmig verabschiedet.

In den vergangenen Wochen wurden in der Türkei über hundert Kaderleute der demokratischen kurdischen Partei DTP verhaftet und deren Computer beschlagnahmt. Unter den Verhafteten befindet sich auch Frau Gülcihan Simsek, bis vor kurzem Bürgermeisterin der Gemeinde Van-Bostanici. Frau Simsek ist die Initiatorin eines Wäschereiprojekts, das von der Stadt Basel aus dem Fonds für Entwicklungszusammenarbeit mit Fr. 65'000.- unterstützt worden ist. Die Wäscherei steht inzwischen. Dort können Frauen – vorwiegend Binnenflüchtlinge aus den von der Armee zerstör-

ten Dörfern – nicht nur ihre Wäsche waschen und Kontakte knüpfen, sondern auch diverse Bildungsangebote wahrnehmen (Alphabetisierungskurse, Gesundheitsberatung etc.).

Die Verhaftungswelle ist als Reaktion auf die Gemeindewahlen Ende März dieses Jahres zu verstehen. Im Vorfeld dieser Wahlen hat die regierende Partei AKP mit einer Charme-Kampagne versucht, die kurdischen Gebiete für sich zu gewinnen. So wurde erstmals ein TV-Sender in kurdischer Sprache aufgeschaltet. Doch die kurdische Bevölkerung liess sich nicht ködern. Sie hat nicht vergessen, dass die AKP in den vergangenen Jahren zwar viel versprochen, aber nichts für die Kurdinnen und Kurden getan hat. Die Stimmberechtigten erteilten der AKP eine Abfuhr und wählten mehrheitlich die kurdische Partei DTP. Diese wurde damit – gemessen am Stimmenanteil – zur viertgrössten Partei der Türkei. In Diyarbakir, der inoffiziellen Hauptstadt des kurdischen Teils der Türkei, erzielte die DTP 65% der Stimmen, in der Bergprovinz Hakkari gar rund 80%. Die kurdische Bevölkerung hat damit deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie eine demokratische und friedliche Lösung der

Kurdenfrage anstrebt. Ohne Einbezug der DTP ist eine solche Lösung nicht denkbar.

Mit der kürzlich erfolgten Verhaftungswelle hat der türkische Staat einmal mehr bewiesen, dass er noch weit von demokratischen Gepflogenheiten entfernt ist. Es ist zu befürchten, dass die Verhaftungen den Auftakt bilden für ein Verbot der DTP. Dies hiesse aber nichts anderes, als dass ein grosser Teil der Bevölkerung von der demokratischen Mitbestimmung ausgeschlossen würde, denn das Grundrecht auf demokratische Teilnahme am gesellschaftlichen Prozess setzt voraus, dass die Organisationsfreiheit respektiert wird.

BastA! ist empört und beunruhigt über das undemokratische und brutale Vorgehen des türkischen Staates. Eine friedliche, politische Lösung der Kurdenfrage ist damit in weite Ferne gerückt, denn der Schlüssel zu einer solchen Lösung ist die demokratische kurdische Partei DTP. Wir fordern Bundesrätin Calmy-Rey auf, im Namen der offiziellen Schweiz gegen die massive Missachtung demokratischer Grundrechte durch den türkischen Staat zu protestieren und eine Vermittlerrolle im Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bevölkerung anzubieten.

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____.-
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Initiative eingereicht

Am 6. März wurde die Initiative für das Stimm- und Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten eingereicht. Die erforderlichen Unterschriften sind vom Personenkomitee, der SP, den Grünen, dem jungen grünen bündnis und von BastA! gesammelt worden. An der Übergabe nahmen MigrantInnen teil und machten damit deutlich, wie wichtig das Anliegen insgesamt und für sie als Betroffene ist. Wir werden uns weiterhin mit hohem Einsatz an den Vorbereitungen des Abstimmungskampfes und am Abstimmungskampf selbst engagieren.

Impressum: Nr. 2/April 2009. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5. Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Irene Amstutz Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel